Digitaler EU-Omnibus: Gefahr für Beschäftigtenrechte

Mit den sogenannten Omnibus-Paketen will die EU-Kommission die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Die EU-Pläne für Digitalisierung und KI bedeuten allerdings weniger Schutzrechte am Arbeitsplatz, weniger Mitsprache der Betriebsräte und mehr Überwachung.

Das Wichtigste zuerst:

- Die EU-Kommission plant mit dem sogenannten Digital-Omnibus eine umfassende Reform des europäischen Digital-, KI- und Datenschutzrechts.
- Die Auswirkungen für Beschäftigte: Weniger Kontrolle über ihre Daten.
- KI-Überwachung und Tracking am Arbeitsplatz sollen erleichtert, Mitsprache und Kontrolle durch Betriebsräte durch gelockerte Transparenzbestimmungen erschwert werden.

Was steckt hinter diesen Plänen?

- **Datenschutz wird ausgehebelt**: Auskunftsrechte nach der DSGVO sollen abgeschwächt werden. Doch gerade das Auskunftsrecht bietet in vielen Fällen erst die Möglichkeit, Überwachung am Arbeitsplatz oder Verstöße gegen den Beschäftigtendatenschutz zu erkennen.

- **Sensible Daten verlieren Schutz:** Daten, aus denen Arbeitgeber Rückschlüsse auf sensible individuelle Eigenschaften ziehen können (beispielsweise psychische Belastung, Gesundheitsrisiken oder politische Aktivitäten), sollen nur mehr eingeschränkt geschützt sein. Diskriminierung im Arbeitsalltag wird dadurch deutlich wahrscheinlicher.

- **KI ohne Einwilligung:** Der Omnibus-Vorschlag erlaubt, personenbezogene Daten für KI-Training zu nutzen. Betriebsvereinbarungen können dadurch umgangen werden – eine klare Aushöhlung von Beschäftigtenrechten.

SCHNELL ERKLÄRT
Digitaler Omnibus gefährdet Beschäftigtenrechte

Unser Standpunkt:

Für den ÖGB ist wie für andere Gewerkschaften in Europa klar: Die hohen DSGVO-Sicherheitsstandards müssen erhalten bleiben. Künstliche Intelligenz darf nur mit wirksamen Schutzmechanismen und verpflichtender Mitbestimmung eingesetzt werden. Es braucht klare Grenzen für Tracking und Verarbeitung sensibler Daten. Die Einschränkungen beim Auskunftsrecht sind inakzeptabel.

Wie geht es weiter?

Der im November 2025 vorgelegte Omnibus ist als Vorschlag der EU-Kommission der Startschuss für das ordentliche Gesetzgebungsverfahren durch das EU-Parlament und den EU-Rat.

Die EU-Kommission bezeichnet das Digitalpaket als „Priorität“, die drohenden gravierenden Einschränkungen von Schutzrechten als „technische Vereinfachungen“. Die ersten Reaktionen der Big Player wie Amazon, Google und Co., wonach der Digitale Omnibus nicht weit genug gehe, lassen zusätzlich großen Druck durch Lobbyisten erwarten.

FAZIT

- Der Digitale Omnibus in der jetzt vorliegenden Form wäre der größte Rückschritt für digitale Grundrechte in der Geschichte der EU.
- Digitalisierung und KI können Chancen bringen – aber nur, wenn auch Schutzrechte gestärkt werden. Wir brauchen starke nationale Aufsichtsbehörden mit echten Durchsetzungsbefugnissen und einer verbindlichen Einbindung der Gewerkschaften in die Digitalpolitik, um die Interessen der Arbeitnehmer:innen zu sichern.
- Gewerkschaften werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Schutzrechte der Beschäftigten zu stärken und auszubauen.